Ausgabe No.3/November 1992

Information des Forums Flugplatz Dübendorf

Liebes Vereinsmitglied
Liebe Interessentin
Lieber Interessent
Im Juni nächsten Jahres kommen die GSoA-Flugzeugverhinderungs- und Anti-Waffenplatz-Initiative zur Abstimmung. Noch ist der Ausgang ungewiss. Wenn die Bürgerliche Mehrheit die Chance verschläft, das abgleitende "Schiff noch rechtzeitig zu wenden, droht unserer Landesverteidigung buchstäblich das "Aus". Sie würde zu einer uniformierten Folklore! Wir sind gefordert dies zu verhindern, denn wir schulden es unseren Soldaten, dass sie moderne Waffen zur Verfügung haben, die ihnen eine realistische Überlebenschance bieten und verhindern, dass sie wie im Schiessstand abgeschossen werden. Es kann nicht genug darauf hingewiesen werden, dass der (N.B. vorbestrafte SP-Nationalrat und Zivilschutzverweigerer) Andreas Gross mit seiner GSoA die Armee abschaffen will. Dazu ist dieser Organisation jedes Mittel recht, auch der F/A-18! In den nachfolgenden *4 kursiv gesetzten Spalten* können Sie sich selbst ein Bild über die wahren Absichten machen. Im Anschluss daran finden Sie Argumente für den F/A-18, dazu gehört auch der volle Wortlaut der Rede von Bundesrat Kaspar Villiger vor dem Nationalrat.
Das Forum Flugplatz Dübendorf arbeitet im Abstimmungskampf mit den staatserhaltenden und armeepositiven Kräften zusammen, insbesondere mit der Arbeitsgemeinschaft für gleiche Wehrpflicht und eine friedensfördernde Milizarmee (AWM) und ihren Mitglied-Organisationen. Wir brauchen aber auch besonders Ihre Hilfe! Bitte unterstützen Sie unsere Sammelaktion in der Region Dübendorf zugunsten einer glaubwürdigen Landesverteidigung!
Ihr Peter Bosshard, Präsident.

Unter dem Titel "GSoA-Zitig" publiziert die "Gruppe Schweiz ohne Armee" regelmässig "Informationen und Anregungen". Nachfolgend die wichtigsten "entlarvenden" Zitate daraus:

Abstimmungskampf Flugzeug-Moratorium:

"... Die Militaristen werden nicht in erster Linie ihr Flugzeug anpreisen, sondern die scheibchenweise Abschaffung der Schweizer Armee als Schrecknis an die Wand malen. Dadurch wollen sie einen bürgerlichen Konsens wenigstens in der Armeefrage herstellen."

"Um dies zu verhindern, müssen wir betonen, dass es sich bei dem Flugzeug-Moratorium nicht um eine Abschaffungsinitiative handelt, dass wir eine GSoA-II aber in Vorbereitung haben. Wir dürfen die Militaristen über die Verwirklichung der GSoA-II nie im Zweifel lassen."

"...Als Auftakt der Homogenisierungs-Kampagne des EMD darf der Berner Casino-Rapport gelten. Eine solche Geschlossenheit werden die Militärideologen jedoch schwerlich herbeireden können. Unter den Armee-Befürwortern gibt es die Reformer, die High-Tech-Fans, die Berufsarmisten sowie die Konservativen, welche die Armee am liebsten so hätten, wie sie vor den Reformen war."

"...Die Armee-Befürworter haben in der F/A-18 Frage vermutlich keinen einheitlichen Standpunkt, zählen also zu den potentiellen Ja-Stimmenden. Wie wir diese überzeugen können, ist entscheidend für den Urnengang. Die Armee-interne Kritik wird für den Ausgang der Abstimmung ausschlaggebend sein."

"...Damit wir alle Chancen haben, die F/A-18 Initiative zu gewinnen, müssen wir mit unserer Abstimmungs-Kampagne frühzeitig beginnen - und zwar in jedem Dorf."

"...Noch haben wir diese Abstimmung nicht gewonnen. Wir werden diesmal ernster genommen als 1989. Nichts wird diesmal dem Zufall oder Dilettanten überlassen."

"Der wirtschaftlich in Schwierigkeiten steckende amerikanische Konzern Mc Donnell Douglas wird wie ein Löwe um diesen lukrativen Auftrag kämpfen. Das Arbeitsplatz-Argument wird uns inmitten der Rezession um die Ohren geschlagen werden."

"...Nur ein Abstimmungserfolg 1993 wird das politische Umfeld schaffen und uns den nötigen Elan geben, um der nächsten Armee-Abschaffungs-Initiative ebensoviel Leben einzuhauchen wie 1989 der GSoA-I."

GSoA-Überlegungen zur Armee-Abschaffung

"...Die noch vor wenigen Jahren vielgerühmte Liaison zwischen Volk und Armee hat sich markant abgekühlt. An der Überrüstung hat sich aber kaum etwas geändert. So ist es erneut an der Zeit, die Diskussion um die Lancierung einer zweiten Initiative "Für eine Schweiz ohne Armee" ernsthaft und konkret zu führen."

"...Im Vordergrund steht ein Paket mit drei Volksinitiativen, das folgendermassen aussieht:
- *für eine Schweiz ohne Armee*
- *für eine Schweiz ohne Beteiligung an einer europäischen Militärstruktur:*

- für eine Schweiz ohne allgemeine Wehrpflicht und stattdessen einen frei willigen Gemeinschaftsdienst."

"Ein solches Dreierpaket würde drei Elemente der GSoA verbinden:
1. *Unser altes Postulat einer Schweiz ohne Armee;*
2. *Eine europäische Friedensarchitektur als Herausforderung der Zukunft;*
3. *Konkretisierung einer umfassenden Friedenspolitik mittels eines freiwilligen Gemeinschaftsdienstes."*

"...Der Faktor Zeit und damit die Schnelligkeit spielen dabei eine wichtige Rolle, weil in nächster Zukunft eine Reihe von Gesetzesrevisionen im Militär- und Zivilschutzbereich fällig sind, welche einer Antwort bedürfen."

"...Wenn wir nicht in die Rolle der Reagierenden verfallen wollen, wird der Kreis für einen nächsten Zwischenspurt à la F/A-18 gross sein - etwa bei der Änderung des Zivilschutzgesetzes, eine Initiative für die Abschaffung der Wehrpflicht zu lancieren."

Armee - Schweiz - Europa

"...Wir dürfen die neuen Legitimationsversuche der Armee nicht aus den Augen verlieren. Das sattsam bekannte Arbeitsplatzargument wird in neuer Schärfe auftauchen, doch werden sich unsere Gegner kaum am Europa-Eintrittsargument die Finger verbrennen wollen. Bei der momentanen EG/EWR-Euphorie-Baisse könnte sich dies als Bumerang erweisen."

"Gerade deshalb wird eine künftige Euro-Armee ein wichtiger Diskussionspunkt sein. Dabei können wir auf die Entwicklungen in anderen Ländern, z.B. Belgien, hinweisen."

"...Friedenspolitisch ist in Europa mit oder ohne EWR erst dann etwas gewonnen, wenn wir im Rahmen einer europäischen Verfassung das Recht haben, etwa über eine Euro-Armee mitbestimmen zu können. Wir kommen also um die Stärkung der transnationalen Demokratiebewegung nicht herum."

"...Wir müssen eine europäische Armee verhindern. Das ist für die GSoA eine Aufgabe bis ins Jahr 2000 und darüber hinaus."

Abschaffung der Dienstpflicht

"...Gerade weil die GSoA massgeblich zum Durchbruch des Zivildienst-Grundsatzes beigetragen hat, muss sie jetzt auch vermehrt darüber diskutieren, wie es denn mit der allgemeinen Wehrpflicht weitergehen soll."

"...Um nicht in die Referendumszwickmühle zu kommen und zwischen einem miesen Status quo sowie einer Verschlimmbesserung durch ein neues Zivilschutzgesetz wählen zu müssen, sollten wir uns im Rahmen von GSoA-II zügig um die Frage nach einer Volksinitiative zur Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht kümmern."

"...Wir müssen uns bewusst sein, dass der Zivildienst immer der Zwillingsbruder der Armee ist. Gibt es keine Armee mehr, müssen wir auch den Zivildienst in der Richtung einer zivilen Alternative des Zivilschutzes weiterentwickeln. Die Alternative könnte Freiwilliger Gemeinschaftsdienst (FGD) heissen."

"Für einen FGD spricht die Notwendigkeit der Professionalisierung derjenigen Schutzdienste, welche mit unseren hochtechnologischen Industrierisiken verbunden sind. Bei Explosionen von Chemielagern und AKW's oder bei Flugzeugabstürzen können keine Laien helfen."

"...Es wäre sinnvoll, wenn die GSoA bezüglich des FGD im Rahmen unseres nächsten Initiativpaketes konkrete Vorschläge erarbeiten könnte, welche sowohl langfristig der Friedenspolitik dienen als auch kurzfristig der Aufrechterhaltung und Modernisierung der militärischen Strukturen entgegengesetzt werden könnten."

Entwurf Initiativtext GSoA II

1. *Die Schweiz hat keine Armee.*
2. *Es ist untersagt, einheimische oder fremde militärische Streitkräfte auf schweizerischem Gebiet auszubilden, zu halten oder zu stationieren.*
3. *Die Schweiz betreibt in ihren internationalen Beziehungen eine aktive Friedenspolitik und engagiert sich nicht-militärisch für friedliche Streitbeilegungen. Sie enthält sich jeder direkten finanziellen, materiellen oder personellen Unterstützung ausschliesslich militärischer Bündnisse, Organisationen und Massnahmen.*

Zitate aus der "GSoA-Zitig" No.48 vom September 1992

Was hat die GSoA-Initiative für Folgen?

Es geht um mehr als um 34 Flugzeuge - die Schweiz ist gefordert

Die Zitate der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee könnten deutlicher nicht sein. Es geht nicht um 34 Flugzeuge, es geht um die Demontage der Landesverteidigung als Institution des Rechtsstaates und letztlich um die Demontage des Rechtsstaates mitsamt seinen tragenden Elementen, zu denen insbesondere auch die Industrie und die Wirtschaft gehören. Nicht genug: Was in der Schweiz gelingt, soll auf Europa übertragen werden.

Es geht nicht um einen Typ - es geht um ein Prinzip

Nach sorgfältigster Evaluation und Wiedererwägung hat der Bundesrat entschieden, wieviele Flugzeuge von welchem Typ beschafft werden sollen. Daraufhin wurde das internationale Vertragswerk für einen Gesamtbetrag von dreieinhalb Milliarden Franken ausgearbeitet. Darin eingeschlossen sind Kompensationsgeschäfte für die Schweizer Industrie in der Höhe von gut zwei Milliarden Franken. Verhandelt wurde auf Regierungsebene.
Dann kam das Parlament. Vorerst ein klares Ja im Ständerat. Der Rücken war gestärkt. Dann wurde die Initiative eingereicht: Neuverhandlungen, Krämerei auf der Zeitachse. Dann die Zitterpartie im Nationalrat. Resultat: Ja in beiden Kammern. Aber das allein zählt nicht, denn die Initiative blockiert das Geschäft für ein weiteres Jahr. Frage: Was denkt das Ausland? Und: Was gilt das Wort der Schweiz im internationalen Handel, wenn dieses Geschäft im Juni 1993 scheitern sollte? Und: Cui bono?

Glieder in einer Argumentationskette

Nicht der F/A-18 ist die Antwort auf die neue Lage, sondern der Bericht 90. Dort definiert der Bundesrat die neue Sicherheitspolitik. Unter anderem erhält die Armee (als eines diverser Instrumente der Sicherheitspolitik) neue Aufgaben. Diese werden im Armeeleitbild aufgenommen und in der Armeereform 95 umgesetzt. Verkürzt gesagt: der Auftrag der Armee heisst "Produkt Sicherheit Schweiz". Das erfordert Mit-

tel. Eines dieser Mittel ist die Ausbildung - dagegen zielt die Waffenplatzinitiative. Ein zweites ist eine moderne Flugwaffe - dagegen richtet sich das Flugzeugmoratorium. Das dritte: Kapital - eine weitere Initiative der Linken will die Halbierung der Finanzen. Viertens: Rüstungsindustrie - auch dagegen ist eine Initiative eingereicht. An allen vier Beinen wird gesägt. All das ist kein Zufall. Deshalb darf man es auch nicht dem Zufall überlassen.

Die GSoA- Flugzeug-Verhinderungs-Initiative betrifft alle, die einen souveränen und demokratischen schweizerischen Rechtsstaat erhalten wollen!

Die "Gruppe Schweiz ohne Armee", die sich ursprünglich in sozialistischen, kryptosozialistischen und pazifistischen Kreisen rekurierte, hat mit ihrer am Vorabend der Behandlung der F/A-18 Beschaffung im Ständerat im März 92 angekündigten Initiative "für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge", auch F/A-18 Initiative genannt, drei Ziele erreichen wollen:

Den Nationalrat zu erpressen, damit er vor einer Genehmigung der Flugzeugvorlage zurückschrecke, die F/A-18 Beschaffung damit zu sabotieren und die Macht der GSoA - mit entsprechender Wirkung auf den eigenen Anhang - zu demonstrieren.

Mit der Initiative in jedem Fall die armeefeindliche, letztlich aber gegen den bestehenden, souveränen schweizerischen Staat gerichtete Agitation wirksam zu beleben und, vor allem bei einer allfälligen Annahme der Initiative, günstige Voraussetzungen für das Erreichen des unveränderten Hauptzieles zu schaffen, nämlich der Armeeabschaffung.

Die GSoA zu motivieren und zu stärken, was sie nach dem Fehlschlag ihrer letzten Aktion - Aufruf zur Massendienstverweigerung - dringend brauchte.

Das Ergebnis der Anstrengungen in bezug auf die Flugzeugverhinderungs- oder Flugwaffen-Abschaffungsinitiative ist für die Urheber unterschiedlich ausgefallen. Ein bedeutender, die "Bewegung" zweifellos motivierender Erfolg gelang mit der Sammlung von fast 200'000 Unterschriften innerhalb von wenigen Wochen. Es wurden offenbar noch viel mehr Unterschriften für die Initiative gesammelt, die Rede ist von fast 500'000, doch wurden diese zusätzlichen Unterschriften nicht zur Beglaubigung eingereicht, und viele dürften auch ungültig gewesen sein.

Dann erlitt die GSoA indessen drei fühlbare Rückschläge:

Der Nationalrat stimmte dem spektakulären Sammelerfolg zum Trotz am 12. Juni 1992 der Flugzeugbeschaffung zu; die Räte entschlossen sich, die Zahlungen für die bewilligte Beschaffung bis zum Vorliegen des Entscheides des Volkes über die Initiative auszusetzen; doch der Beschaffung der F/A-18 haben beide Räte rechtsgültig zugestimmt.

Bundesrat und Parlament liessen sich nicht unter Druck setzen und gingen auf das Ansinnen der GSoA sowie bestimmter Medien nicht ein, die zustandegekommene Initiative quasi im Hau-Ruck-Verfahren, also sofort der Volksabstimmung zu unterbreiten (Gross verlangte eine Abstimmung im Dezember); das ist für die Initianten insoweit nachteilig, als eine solche "Bewegung" auch Bewegung und Erfolg braucht, um Stosskraft und Angriffsschwung der heterogenen, zu einem guten Teil jugendlichen Gefolgschaft aufrechterhalten zu können.

Die eben beschriebene Wirkung wurde verschärft durch die Verschiebung der Volksabstimmung über die Waffenplatzinitiative, die, vom Bundesrat für den 27. September 1992 traktandiert, den linken und pazifistischen Gruppierungen Gelegenheit zu einem Probegalopp und möglicherweise zu einem ihr Selbstbewusstsein stärkenden Erfolg geboten hätte; die einschlägige Presse belegt die Enttäuschung dieser Kreise über die Verschiebung der Debatte des Ständerates über die Waffenplatzinitiative im Juni, die das Vermeiden des Abstimmungstermines September und den späteren bundesrätlichen Beschluss ermöglichte, die beiden armeefeindlichen Initiativen mit Rückwirkungsklauseln im Juni 1993 zur Abstimmung zu bringen.

Damit sind wieder günstigere Voraussetzungen für die Aufklärung des Volkes über die Notwendigkeit, insbesondere die GSoA-Initiative abzulehnen, geschaffen worden.

Die GSoA-Initiative setzt mehr aufs Spiel als die blosse Flugzeugfrage. Nachdem die Beschaffung von 34 Kampfflugzeugen gemäss geltendem, vom Volk vor erst fünf Jahren bestätigtem Recht, vom Parlament beschlossen worden ist, bedeutete die Annahme der GSoA-Initiative die rückwirkende Ausserkraftsetzung der Verfassung.

Diese Sanktionierung des Missbrauchs des Volksrechtes der Initiative würde weiteren Missbräuchen Tür und Tor öffnen und würde die Gefahr zunehmender Unregierbarkeit der Schweiz heraufbeschwören. Was droht, ist eine Gefährdung der Rechtssicherheit in der Schweiz und damit der Berechenbarkeit der Entwicklung der politischen Verhältnisse in der Schweiz.

Sollte sich die Gefahr konkretisieren - mit einem Ja des Souveräns zur GSoA-Initiative -, so ergäben sich schwer absehbare Folgen für die Vertrauenswürdigkeit der Schweiz, ihrer Politik und des Wirtschaftsstandortes, aus der Sicht des Auslandes. Es gibt jetzt schon, allein auf Grund der Zulassung der Initiative, Indizien, die in diese Richtung weisen.

Hinzu kommen politische Überlegungen, die die klare Verwerfung der GSoA-Initiative gebieterisch nahelegen. **Die Wehrlosmachung der Schweiz, die die GSoA als Ziel verfolgt**, und sie leugnet es selbst im Zusammenhang mit der Flugzeugverhinderungsinitiative nicht, ist im wesentlichen Mittel zum Zweck der Umkrempelung unserer Staatsordnung in einem diffusen libertär-sozialistischen und partiell anarchistischen Sinn. Neuerdings erklärt die GSoA als ihr Ziel ein "armeefreies" Europa! Der erste Schritt soll in der Schweiz gemacht werden, was immer die Folgen sein könnten.

Die GSoA spielt die Rolle einer Avantgarde der auf Aushöhlung der schweizerischen Souveränität zielenden linken und pazifistischen Richtung. **Ihre Initiative ist die Speerspitze einer Grossoffensive gegen eine zur Selbstbehauptung befähigte und international geachtete Schweiz.** Eben sind zwei sozialdemokratische Volksinitiativen eingereicht worden, die einerseits die Halbierung der Militärausgaben und andererseits das Verbot

jeder Form der Rüstungsausfuhr verlangen.
Und dann gibt es sicherheitspolitisch-militärische Gründe im engeren Sinn, die zwingend die Notwendigkeit der Ablehnung der GSoA-Initiative aufzeigen. **Der Zerfall der Sowjetunion und ihrer Herrschaft über Osteuropa hat neue gravierende potentielle und zum Teil bereits aktualisierte Gefahren heraufbeschworen.** Die Krise im Raum der ehemaligen Sowjetunion wird sich lange hinziehen. Sie findet in einem riesigen Raum statt, der vor Waffen nur so strotzt, woran die beschlossenen Abrüstungsmassnahmen nur sehr langsam etwas ändern werden.

Die ehemals sowjetische Rüstungsindustrie exisitiert noch - und wird weiter existieren. 1991 hat die Sowjetunion immer noch rund 1000 neue Kampfpanzer und 350 neue Kampfflugzeuge produziert.
Die politisch unstabile, vergleichsweise hochgerüstete, eine rasante Bevölkerungsvermehrung aufweisende islamische Welt bleibt ein für Europa besorgniserregender Krisenherd. **Welchen militärisch relevanten Gefahren Europa und auch die Schweiz in fünf oder zehn Jahren ausgesetzt sein werden, kann niemand voraussagen.**

Angesichts dieser sicherheitspolitischen Unsicherheit bedeutet **die Beschaffung von 34 F/A-18 durch die Schweiz lediglich eine elementare Vorsichtsmassnahme.** Dass diese Beschaffung, wie sie vorbereitet ist, auch wirtschaftliche Vorteile bietet, ist nur der Vollständigkeit halber zu erwähnen.
Aus diesen Gründen ist es dringend nötig, dass alle verantwortungsbewussten Schweizer Kreise ihren Beitrag zu Bekämpfung der GSoA-Initiative leisten.

Armeeleitbild Grundsatzrede von Bundesrat Kaspar Villiger im Nationalrat

Einleitung

Noch kaum je gab es einen grösseren Konsens in der Völkergemeinschaft was den Einsatz von Armeen betrifft: Es braucht Armeen. Und zwar braucht es Armeen, die gleichzeitig gegen den Krieg und für den Frieden arbeiten. In einer Zeit eines grossen politischen und wirtschaftlichen Gefälles, sichern die Armeen nach wie vor das Gleichgewicht, indem sie verhindern, dass noch immer vorhandene und in der Geschichte immer wiederkehrende Kräfte dieses Gleichgewicht verletzen können. Das ist der klassische Abhalte- und Verteidigungsauftrag.

In einer Zeit mit der Chance, dass nach Jahrzehnten der unversöhnlichen Fronten ganz Europa zur Demokratisierung findet, **stützen Armee einen schwierigen Prozess, der gar nicht anders als mit Instabilität, Spannungen und Konflikten ablaufen kann.** Das ist die Friedensförderung.

In einer Zeit möglicher gravierender Flüchtlingsprobleme müssen die Armeen die zivilen Behörden unterstützen können, wenn diese ihre humanitären Aufgaben nicht mehr bewältigen können.

In einer Zeit mit immer grösseren Katastrophenrisiken müssen Armeen auch an die Existenzsicherung beitragen und bei Katastrophen die zivilen Institutionen unterstützen können.

Innerhalb eines halben Jahrzehnts haben sich Umfeld und Aufgabenstellung der Armeen grundlegend geändert. Wir in der Schweiz haben darauf reagiert und eine tiefgreifende Armeereform eingeleitet. Noch ist der Wandel nicht abgeschlossen, noch ist der Ausgang nicht absehbar, deshalb muss die Reform so angelegt sein, dass die Armee auch die weitere Entwicklung auffangen kann, **wir müssen Optionen offen halten!**

Wer heute eine Reform mit Anspruch auf ewige Richtigkeit postuliert, politisiert unehrlich. Wer angesichts der veränderten Lage und der wichtigen neuen Aufgaben nur deshalb auf eine Reform verzichtet, weil der weltweite Umwälzungsprozess noch nicht abgeschlossen ist, geht mit der Verantwortung fahrlässig um.

Die Armee 95 ist der Schritt, der heute nötig ist, verantwortbar und realisierbar ist, und der auch in der internationalen Proportionen verhältnismässig ist. Wer weniger will, verkennt die Realitäten. Und wer mehr will, läuft das Risiko, von der Geschichte bestraft zu werden.
Für beides könnte ich die Verantwortung nicht übernehmen

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen

Das Ende des kalten Krieges hat neue und hoffnungsvolle Aussichten für die Zukunft unseres Kontinentes eröffnet. Es besteht die Chance, dass auch der östliche Teil des Kontinentes zu Demokratie, Menschenrechten und politischer Stabilität findet. Allerdings ist dieser Aufbruch Europas erst eine Chance, noch keine entgültige Realität.
Realität und Wahrnehmung klaffen häufig auseinander. Ich warne davor, sich Illusionen hinzugeben, die nur deshalb tausendfach bestätigt werden, weil Tausende gerne hätten, dass sie wahr wären. **Sicherheitspolitik darf sich nicht von Illusionen oder Wunschdenken leiten lassen, sie muss sich an den Realitäten orientieren.**
Ich sehe im wesentlichen **drei Kategorien** von neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen.

1.

Eine akute sicherheitspolitische Herausforderung im Südosten: es ist dies die Lage vor allem auf dem Balkan und in benachbarten Gebieten. Was sich im ehemaligen Jugoslawien abspielt ist ein klassischer Eroberungskrieg, in welchem die Aggressoren bisher für ihre bestialische Gewalt mit Erfolgen belohnt wurden. Je nach Ausgang, kann dieser Krieg Präjudizwirkung für andere Kriege haben, es wird Spuren hinterlassen, wie die Welt, wie Europa mit diesem Krieg umgeht.

2.

Ein latentes sicherheitspolitisches Risiko ergibt sich aus der prekären politischen und wirtschaftlichen Lage des Ostens. Enttäuschte Hoffnungen, Armut, wirtschaftliche Misere, ethnisches Konfliktpotential, Reste alten Denkens und alter Machtstrukturen können zum Nährboden für Nationalisten, Demagogen, Diktatoren und andere Volksführer werden. Grosse nukleare und konventionelle Potentiale sind noch vorhanden. Das alles dürfen wir weder verdrängen, noch mit der Nonchalance des Unbetroffenen überspielen.

3.

Die dritte Ebene neuer Herausforderungen ist eine schleichende sicherheitspolitische Bedrohung, die primär, aber nicht ausschliesslich vom Süden aus geht. Gemeint sind neue Dimensionen machtpolitischer Risiken: z.B. die Proliferation von Massenvernich-

tungswaffen und ballistische Raketen, die Migration, ein aggressiver religiöser Fundamentalismus, illegaler Waffenhandel, Drogen, Terrorismus und organisiertes internationales Verbrechertum.

Diese drei Risikokategorien fliessen ineinander über und beeinflussen sich gegenseitig. Sie bilden damit ein Risikogemisch, das plötzlich explosiv werden kann.
Die Tatsache, dass wir heute nicht unmittelbar bedroht sind, darf uns nicht zur Illusion verleiten, dass wir es nie wieder sein werden. Gerade die letzten drei Jahre haben einmal mehr gezeigt, dass Geschichte nicht vorhersehbar ist.

Konsequenzen für die Sicherheitspolitik und die Streitkräfte

Trotz dieser Risiken gibt es Chancen für ein sicheres Europa, aber wir müssen Anstrengungen leisten, damit diese Chancen eine Chance haben. Ich darf einige Stichworte zu einer Politik der Chancenrealisierung geben!

Durch eine Mischung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Massnahmen muss versucht werden, die Stabilität in Problemländern zu fördern. Es ist eine europäische Sicherheitsordnung anzustreben, die durch ein Netz aus Kooperation, rechtlichen Vereinbarungen und militärischen Mitteln den raschen Wandel in friedliche Bahnen hält, ein Netz sozusagen, das über das Risikosystem gestülpt wird und Explosionen verhindert.
Innerhalb einer solchen präventiven Politik sind Streitkräfte unentbehrlich. Weil niemand in Versuchung geraten darf, seine Streitkräfte ausserhalb seines Landes aggressiv zu missbrauchen, müssen sich die westlichen Demokratien nach wie vor mit modern ausgerüsteten Armeen verteidigen können.

Weil diese Streitkräfte stabilisierende Faktoren sein müssen und niemanden bedrohen dürfen, müssen sie auf eine hinreichende Verteidigungsfähigkeit begrenzt sein. Innerhalb einer europäischen Sicherheitsordnung sind Streitkräfte für friedenspolitische Massnahmen unabdingbar. Weil die herkömmlichen nichtmilitärischen Instrumente der staatlichen Sicherheit angesichts neuer diffuser Bedrohungen im Krisenfall überfordert sein könnten, erhalten die Streitkräfte subsidiär zur Unterstützung der zivilen Organe neue Aufgaben.
Die Berechtigung von Armeen als Instrumente mit vielfachen Aufgaben wird von der Völkergemeinschaft bejaht und gewünscht. Die Frage heisst also nicht, ob es weiterhin Armeen braucht, sondern wie diese Armeen ausgestattet sein müssen, damit sie zu Instrumenten solidarischer Zukunftssicherung werden. Das führt uns zu den drei Stichworten **Verteidigungsfähigkeit, Multifunktionalität, Kooperation.** Genau diese drei Stichworte stehen deshalb auch am Anfang unserer Armeereform! Sie muss das einzeln können oder à la carte kombiniert oder eskalierend bis zur Verteidigung oder alles zusammen simultan. Damit unsere Armee diesen erweiterten Auftrag bewältigen kann, muss sie verändert werden. Der erste Grund für die Armeereform ist also die Anpassung an neue sicherheitspolitische Gegebenheiten!

Die neue Armee ist kleiner und flexibler als die heutige. Die Ausbildung stützt sich auf eine zeitgemässe Infrastruktur. Die Kader instruieren nach modernen Grundsätzen und haben genügend Vorbereitungszeit. Ausrüstung und Ausbildung schaffen den Sprung in die moderne Technologie.

Es gibt aber auch innenpolitische Zwänge, die eine Armeereform unausweichlich machen. Viele nicht sicherheitspolitische Rahmenbedingungen einer Armee sind im Umbruch. Ich erwähne nur drei davon. Die Wirtschaft ist völlig anders strukturiert als vor dreissig Jahren.
Die Mobilisierung von 800'000 Männern im Konfliktfall ist unrealistisch. Die Wirtschaft würde zusammenbrechen. Die Haltung der Menschen zu vielen überlieferten Werten ist ebenfalls im rasanten Umbruch. Die finanziellen Möglichkeiten sind eingeschränkt.
Eine zu grosse Armee können wir uns nicht leisten. Wenn wir die Armee nicht anpassen und sie für die heutige Zeit sozial- und wirtschaftsverträglich machen, könnte sie ihre demokratische Basis verlieren. In einer direkten Demokratie könnte dies an die Existenz der Armee gehen. Genau das ist der Grund, warum wir nicht nur unnachgiebig sind gegenüber jenen, die eine glaubwürdige Armee in Frage stellen, sondern auch gegenüber jenen ,die sich gegen Reformen sträuben.

Die Schweiz und Europa

Wir sind ein Teil Europas. Wir sind Mitspieler und Mitverantwortliche. Auch im Rahmen der bewaffneten Neutralität ist unsere Armee europanützlich. Sie verhindert, dass unser Land je ein Risikoraum werden könnte. Sie macht ihn stabil und berechenbar. Wer sein Haus selber in Ordnung hält und anderen nicht zur Last fällt, handelt solidarisch. Neuerdings gibt es in unserem Land die Pose des sicherheitspolitischen Trittbrettfahrers. **Manche glauben, uns würde dann schon Europa, die UNO oder sonst jemand zu Hilfe eilen, wenn es einmal ernst gelte. Deshalb sei es verantwortbar, mit den Wehranstrengungen nachzulassen.**

Natürlich könnten wir einem europäischen Verteidigungsbündnis beitreten. Hier gibt es aber nur eines: die NATO. Mir fällt indessen auf, dass gerade bei den sicherheitspolitischen Trittbrettfahrern keinerlei Bereitschaft zu einem NATO-Beitritt besteht. Man kann auch nicht von einem Verteidigungsbündnis nur profitieren wollen, man muss auch Beiträge leisten. Auch unangenehme politische Lasten, wie etwa die Luftverteidigung müssen gemeinsam getragen werden. Für den Bundesrat steht ein Beitritt zu einer militärischen Allianz allerdings nicht zur Diskussion.

Oft wird dann gefordert, wir sollten selbstverständlich nicht der NATO, sondern einer europäischen Sicherheitsordnung beitreten. Hier ist zuerst zu fragen, was das überhaupt ist, und ob es so etwas schon gibt? Eine Sicherheitsordnung, die diesen Namen verdient, ist ein System der kollektiven Sicherheit, das sich am UNO-Vorbild orientiert. Ihm liegt eine von allen Mitgliedern anerkannte Rechtsordnung zugrunde. Gestützt auf diese Rechtsordnung können auch Zwangsmassnahmen gegenüber Rechtsbrechern beschlossen werden.

Sie wissen, dass der UNO-Sicherheitsrat politische, wirtschaftliche und sogar militärische Sanktionen beschliessen kann. Theoretisch könnte die KSZE im Auftrag der UNO allfällige Zwangsmassnahmen durchführen, die vom UNO-Sicherheitsrat beschlossen sind. In der Praxis ist bei der Realisierung einer gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitsordnung mit erheblichen Proble-

men zu rechnen. **Die gemeinsame Werte- und Rechtsbasis als Voraussetzung für eine wirksame kollektive Sicherheit fehlt noch weitgehend.** Weil die KSZE nach der Formel Konsens minus 1 im Konsensverfahren entscheidet, setzt jeder Beschluss das Einverständnis von heute 51 Mitgliedstaaten voraus. Er kann damit jederzeit durch fehlende Bereitschaft zum Einverständnis verhindert werden. Sie wissen alle, dass auch die NATO und die WEU eine neue Rolle suchen und dass die Meinungen darüber sehr geteilt sind. **Nüchtern betrachtet, ist davon auszugehen, dass ein stabiles gesamteuropäisches kollektives Sicherheitssystem noch in weiter Ferne liegt.** Es wäre unverantwortlich, die eigene Sicherheitspolitik auf ein nicht existierendes System statt auf Realitäten abzustützen.

n übrigen wäre die Beteiligung an einer solchen Ordnung kein Ersatz für eigene Verteidigungsanstrengungen. Die bisherigen weltweiten Erfahrungen zeigen, **dass Mechanismen kollektiver Sicherheit keinen ausreichenden Schutz bieten gegen gewaltsame Übergriffe.** Hier hilft einzig die nationale oder gemeinsame Verteidigung. Darum ist auch die Finalität von Maastricht nicht die kollektive Sicherheit, sondern die gemeinsame Verteidigung der Europäischen Union.

Die Forderung nach einer Eingliederung in eine europäische Sicherheitsordnung erweist sich deshalb bei näherem Besehen als reine Leerformel. **Solange wir keinem Militärbündnis itreten wollen, gibt es für uns keine Alternative zur eigenständigen Verteidigung.**
Mit anderen Worten zur bewaffneten Neutraliät. Natürlich kann auch die Schweiz im Rahmen einer weiter verstandenen Neutralität Beiträge der sicherheitspolitischen Solidarität leisten. Ich denke dabei an die friedenspolitischen Massnahmen. Wie Sie wissen, haben wir die Anstrengungen in diesem Bereich erweitert. Gegenwärtig stehen schweizerische Militärbeobachter auf dem Golan und in Jugoslawien.

Die Leistung unserer Blaumützen in Namibia und in der Sahara ist wertvoll und eindrücklich. Schweizer Fachleute haben im Rahmen der UNO wichtige Arbeit in Irak geleistet. Eine Blauhelmbotschaft wurde den Räten zugeleitet. Aber auch hier muss ich vor vereinfachenden Illusionen warnen. Nach herkömmlichem Verständnis werden Blauhelme nur eingesetzt, wo alle Parteien den Friedenswillen haben und wo damit die Gefahr für sogenannten peacekeeping- Aktionen begrenzt ist.

Das Beispiel Jugoslawien zeigt, dass zwischen dem peace-keeping und dem sogenannten peace-making eine fliessende Grenze entstanden ist. Auch Blauhelmeinsätze werden deshalb gefährlicher. Sie werden keine Abenteuerlager für erlebnishungrige Idealisten sein. Das müssen wir bedenken, wenn wir hier im Bewusstsein grosser Verantwortung die Entscheide fällen.

Das Denken in Optionen

Ich habe die verschiedenen Gründe angeführt, die zu einer Armeereform zwingen. Eine Armee muss dem Wandel periodisch angepasst werden. Allerdings braucht eine Milizarmee Kontinuität. **Man kann sie nicht heute abschaffen, morgen wieder einführen, übermorgen halbieren und in einer Woche wieder verdoppeln.** Krisen entstehen rascher als Armeen aufgebaut werden können. Zwischen Anpassung und Kontinuität besteht ein unauflöslicher Widerspruch. Die Antwort auf diesen Widerspruch ist **das Denken in Optionen.**

Vielleicht realisieren sich in Europa alle Chancen. Das braucht zwar viel Zeit, aber dann könnten wir die Armee weiter verkleinern. Vielleicht gibt es nachhaltige Rückfälle, dann heisst die Option Steigerung der Kampfkraft. Oder wir wollen uns an ein Bündnis anlehnen, dann muss die Struktur der Armee das ermöglichen. Oder wir bleiben bewaffnet neutral, dann muss die Armee das Land auch in zwanzig Jahren noch eigenständig verteidigen können. All das sind natürlich hochpolitische Entscheide. Nicht Entscheide der Armee. Die Armee muss indessen solche Entscheide nachvollziehen können! Die Armee 95 enthält diese Optionen. Wir wahren Handlungsspielraum. Dabei müssen wir aber nicht nur die Strukturen verändern, sondern auch unser Denken!

Bestand der Armee und Militärausgaben

Der Minderheitsantrag Häring-Binder will die Militärausgaben auf 50% des heutigen Standes reduzieren, den Bestand auf 150'000 Mann festlegen und er verlangt ein Konzept für die sogenannte Rüstungskonversion. Dieser Antrag gibt mir Gelegenheit für einige grundsätzliche Bemerkungen!

Wir hätten unsere Pflicht nicht erfüllt, wenn wir nicht auch andere Armeemodelle geprüft hätten. Berufsheer, stehendes Heer mit Wehrpflichtigen, Freiwilligenheer, und eben Milizheer. Wir sind nach reiflicher Überlegung zum Schluss gelangt, dass die Schweiz vom Milizheer nicht abgehen sollte. Ein Berufsheer beispielsweise scheidet auch aus Kostengründen aus. Zahlreiche Gründe sprechen für das Milizheer, z.B. nur die Milizarmee ist eine eigentliche Volksarmee. Sie hat nach wie vor für die soziale und nationale Kohäsion ihre grosse Bedeutung. Sie ist leistungsfähig, weil sie auf hervorragende Leute aus zivilen Berufen zurückgreifen kann. Sie ist verhältnismässig kostengünstig. Sie entsteht erst, wenn man sie braucht. Für den Sollbestand muss der sicherheitspolitische Auftrag der Armee massgebend sein. Damit muss von der Verteidigung nach allgemeiner Kriegsmobilmachung ausgegangen werden und die Zusatzaufträge müssen erfüllt werden können.

Wenn der Verteidigungsauftrag in der ganzen Tiefe des Raumes erfolgreich erfüllt werden muss, braucht es vor allem wegen der mangelnden Gefechtsfeldbeweglichkeit unserer Infanterie eine verhältnismässig grosse Armee. Die Zusatzaufträge vor allem in den Bereichen Existenzsicherung und Bewachung benötigen einen hohen Bestand. Der Bestand von 400'000 Mann kann unseren Verteidigungsauftrag mit der effektiv vorhandenen Technizität erfüllen. Die Konsequenzen eines Bestandesabbaus auf 150'000 wären gravierend.
Der Verteidigungsauftrag könnte nur erfüllt werden, wenn fehlendes Personal durch vermehrte Technik kompensiert würde. Die Kompensation mit Hochtechnologie ist aber äusserst kostenintensiv. In der Zeitspanne 92-99 müssten wir mehr als das Doppelte aufwenden als die Planung heute vorsieht.
Das können wir uns im Moment schlicht nicht leisten! Zudem hätten wir für die Zusatzaufträge nicht genügend Personal.
Lassen Sie mich nun zur Halbierung des Budgets einige Überlegungen anstellen. Es ist uns bewusst, dass die Lage der Bundesfinanzen und die neue sicherheitspolitische Lage eine reale Reduktion der Militärausgaben nahelegen.

Dank umsichtiger Planung und Politik unserer Vorgänger ist die Bodenarmee heute modern und in einem guten Zustand. **Die Hauptlücke, die es zu füllen gilt, ist die Luftverteidigung.** So werden denn trotz Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges die Militärausgaben von 1990-1996 um mindestens real 15% zurückgehen. Ihr Anteil am Bundesbudget wird von 17% in der gleichen Zeit auf wesentlich unter 12% absinken. In Realwerten bedeutet dies, dass ab ungefähr 1996 die Militärausgaben pro Jahr über 900 Mio. unter denjenigen von 1990 liegen werden. **Damit leistet das EMD einen erheblichen Beitrag an die Sanierung der Bundesfinanzen!** Eine Halbierung der Militärausgaben hätte für die Landesverteidigung gravierende Folgen! Der sicherheitspolitische Auftrag müsste neue formuliert werden. Im Bereich der Verteidigung wäre der heute formulierte Auftrag nicht mehr zu erfüllen. Eine gleichzeitige Erfüllung aller Teilaufträge (Friedensförderung, Existenzsicherung, etc.) wäre nicht mehr möglich.

Die Beschaffung von Hochtechnologie wäre kaum mehr möglich. **Die Kombination einer gravierenden Bestandesverringerung mit technisch veraltetem Material würde zu einer Armee führen, die als Instrument der Landesverteidigung nicht mehr glaubwürdig wäre.**

Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen zur Rüstungskonversion! Es ist völlig klar, dass die Erfüllung des Antrages Häring-Binder die Vernichtung von Tausenden von Arbeitsplätzen zur Folge hätte. Natürlich ist es für politische Parteien unangenehm, diese Konsequenz den Arbeitnehmern gegenüber offen zu vertreten. **Deshalb will man mit Vorschlägen wie "Rüstungskonversion" den Betroffenen die wahren Konsequenzen verheimlichen.**

Für mich sind das reine Alibiübungen, deren Realisierung weder möglich noch wünschenswert sind. Der von Armeegegnern gemachte Vorschlag, statt Pistolen Bohrmaschinen herzustellen, ist Unsinn. **Wer in einer Wirtschaftslage wie der gegenwärtigen glaubt, ein Staatsbetrieb könne problemlos in neue Märkte eindringen, die auch schon mehr als übersättigt sind, hat von wirtschaftlichen Zusammenhängen wenig Ahnung.**

Natürlich nehme ich die Probleme der betroffenen Arbeitnehmer sehr ernst! Es geht darum, die notwendigen Anpassungen möglichst ohne Härtefälle und mit Rücksicht auf die betroffenen Regionen vorzunehmen. Aus ordnungspolitischen Gründen ist es völlig undenkbar, zivile Aktivitäten in Regie des Bundes in grösserem Umfang anzugehen. Was nach Jahrzehnten miserabler Erfahrung mit der Verstaatlichung in Osteuropa abgeschafft wird, können wir doch nicht jetzt plötzlich neu anfangen!

Unsere Strategie sieht wie folgt aus: Die Tätigkeit der Rüstungsbetriebe wird auf die notwendigen Aktivitäten konzentriert. Begrenzte Aktivitäten in zivilen Bereichen sollen aber möglich bleiben. Sie sind allerdings an gewisse Rahmenbedingungen gebunden, wie zum Beispiel keine direkte Konkurrenzierung der Schweizer Industrie, Begrenzung auf Gebiete mit Technologien, die in den Betrieben bekannt sind, Tätigkeit in Gebieten mit hohen Investitionsbarrieren für Dritte.

Nach Möglichkeit wollen wir solche zivilen Aktivitäten auf gemischtwirtschaftlicher Basis durchführen. Diese gemischtwirtschaftlichen Betriebe sollen später nach Möglichkeit privatisiert werden. Wir haben auch schon einige erfolgreiche Projekte realisiert und einige interessante Projekte werden geprüft. Als Beispiel erwähne ich: Batterieentsorgung in Wimmis, Kühlschrankentsorgung in Uri, Zusammenarbeit mit dem TÜV in Thun, denkbare Verlagerung der Mittelkaliberproduktion des Bührle-Konzerns nach Altdorf.

Wir lassen es also nicht bei wohlklingenden Theorien bewenden, sondern realisieren unsere Projekte in sozialer Verantwortung. Das wissen auch die Gewerkschaften, mit denen wir eng zusammenarbeiten. Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, den Minderheitsantrag Häring-Binder abzulehnen.

Zu den Minderheitsanträgen Meier und Gross

Die neuen Aufträge Friedensförderung und Existenzsicherung müssen von der Armee neben dem Verteidigungsauftrag durchgeführt werden können. Sie sind aber notwendigerweise subsidiär und es wäre ein Fehler, sie zu Hauptaufträgen der Armee zu machen. Es hätte auch keinen Sinn, diese Aufträge über den wirklichen Bedarf hinaus aufzublähen. Das Machbare können wir auch bei der heutigen Formulierung machen. Ich möchte Sie deshalb bitten, den Minderheitsantrag Meier abzulehnen!

Zum Mindertheitsantrag Gross:
Ich habe versucht, Ihnen die gegenwärtige Situation hinsichtlich einer europäischen Sicherheitsordnung zu schildern. **Die Meinung, die Schweiz könne zusammen mit anderen europäischen Staaten ein speziell ausgeklügeltes und nicht von Armeen mitgetragenes Sicherheitssystem entwerfen, ist sowohl überheblich als auch naiv.** Man hat über uns in der letzten Zeit hin und wieder den Kopf geschüttelt. Das würde man auch tun, wenn Sie diesen Antrag annehmen würden. Natürlich hat der Antrag einen richtigen Kern. Mit unserer neuen Sicherheitspolitik realisieren wird das, was auf diesem Gebiet heute machbar ist. Ich bitte Sie, auch den Minderheitsantrag Gross abzulehnen!

Schluss

Ich bin zutiefst von der Notwendigkeit einer Armeereform und von der Richtigkeit dieser Armeereform überzeugt. Ich bin das als Reformrealist und nicht als Reformromantiker.
Ich bin überzeugt, dass **der Wandel, den wir erleben, auch das Gesicht der Sicherheitspolitik verändert.Ich bin aber ebenso überzeugt, dass wir der Versuchung widerstehen müssen, einem reinen Wunschdenken zu erliegen. In einer Zeit, in der sich die Ereignisse fast täglich überschlagen, muss Reform "Realismus" bedeuten - und nicht "Illusion".**
Armee 95 ist machbar, ist angemessen und ist deshalb nötig. Ich bitte Sie, die Minderheitsanträge abzulehnen und das Leitbild zur Kenntnis zu nehmen!
Bundesrat Kaspar Villiger

Das Forum Flugplatz Dübendorf ist:

- für eine glaubwürdige Landesverteidigung
- für eine gut ausgebildete Milizarmee
- für einen wirksamen Luftschirm
- für die bewaffnete Neutralität
- für einen militärischen Selbstschutz
- gegen die Armeeabschaffung in Raten
- gegen die Anti-Waffenplatz-Initiative
- gegen die Flugzeugverhinderungs-Initiative
- gegen die notorischen Armeeabschaffer
- gegen die Selbstaufgabe der Schweiz

10 Antworten auf 10 häufig gestellte Fragen

1.

Erlaubt die Ebbe in der Bundeskasse so hohe Ausgaben?

Die Beschaffung des F/A-18 bewirkt keine zusätzliche Belastung der Bundeskasse. Sie erfolgt vielmehr im Rahmen der ordentlichen Budgets für die Rüstungsprogramme 1992 und 1993. Die Flugzeugbeschaffung führt ebenso wenig zu einer Steuererhöhung wie die Nicht-Beschaffung zu einer Steuersenkung. Der Kaufpreis hat Platz im normalen EMD-Budget - einem Budget, das laufend kleiner wird: Hatte der Armeehaushalt 1960 noch 32% der gesamten Bundesausgaben betragen, so sind es heute noch 15,5%; 1995 werden es nur noch 12% sein.

Es geht auch nicht um ein ausserordentliches Finanzbegehren, sondern lediglich um die Erlaubnis zum Kauf von 34 neuen Flugzeugen als Ersatz für veraltete. Es handelt sich dabei um einen Verpflichtungs-, nicht um einen Zahlungskredit, also lediglich um einen Grundsatzentscheid, für 3,5 Mrd.Franken Flugzeuge zu kaufen. Die effektiven Zahlungen werden dann mehrere Jahre verteilt und innerhalb des EMD-Budgets erfolgen.

2.

Sollte man dieses Geld nicht besser für die AHV, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder für soziale Wohnungsbauten einsetzen?

Ohne jeden Zweifel sind AHV, Arbeitsplatzerhaltung und sozialer Wohnungsbau wichtige Dinge. Tatsache bleibt aber: Wenn man die 3,5 Mrd.Franken während der Lebensdauer eines Flugzeuges (etwa 20 Jahre) an die AHV-Bezüger verteilen würde, dann stiege ihre Monatsrente um ganze sieben Franken. Und die Sicherheit unseres Luftraumes wäre noch immer nicht garantiert.

3.

Warum eilt es mit dem Flugzeugkauf dermassen?

Flugzeuge sind nicht ab Stange zu kaufen; sie werden erst auf Bestellung eines Landes gebaut. Die Evaluation dauert nahezu fünf Jahre. Man kann immer verschieben. Aber man hat den Zeitpunkt nicht in der Hand, in welchem man bereit sein muss. Und "bereit" heisst auch: ausgebildet und eingespielt.

4.

Brauchen wir nicht ein europakompatibles Flugzeug?

Diese häufige Bemerkung entspringt der Meinung, der F/A-18 sei kein europäisches Flugzeug - was stimmt - und daher auch nicht europa-kompatibel -was eine Behauptung ist. Der Golfkrieg hat bewiesen, dass sich der F/A-18 auch im Verbund bestens bewährt. Finnland setzt ebenfalls auf den F/A-18 (Kauf von 64 Stück beschlossen). Im übrigen ist die Mehrzahl der Kampfflugzeuge und Transportmaschinen amerikanischer Herkunft

5.

Ist das Flugzeug nicht veraltet, wenn es den Dienst aufnimmt?

Wenn etwas veraltet ist, dann ist es unsere heutige Luftwaffe, und zwar in verantwortungslosem Mass. Autos mit den Jahrgängen unserer Flugzeuge gelten längst als Oldtimer. Deswegen müssen, vom Kauf des F/A-18 unbesehen, ja auch 130 Hunter ausgemustert werden.

Der F/A-18C/D, den die Schweiz beschaffen möchte, gehört zur Produktionslinie 1993, ist also bis anhin die neueste Version. Er wird mit den allerletzten Errungenschaften in Sachen Radar, elektronische Verteidigungsmittel und Raketentechnik ausgestattet sein. Der F/A-18 ist nicht "nur" ein Flugzeug, sondern ein Erzeugnis höchster Technologie, zu der auch die Schweiz Zugang fände.

6.

Welche Bedrohung rechtfertigt die Flugzeugbeschaffung?

Wer kennt alle Gefahren, die Europa in ein paar Jahren bedrohen könnten? Wer wagt vorauszusagen, dass sich die Schweiz - ob in Europa integriert oder nicht - niemals mehr zu verteidigen hat, auch militärisch nicht? Wunschdenken und Tatsachen sind leider zwei verschiedene Dinge.

Und wie wäre es, wenn wir nun doch bedroht würden, jedoch ohne Verteidigung dastünden? Welchen Preis hätten wir dannzumal zu zahlen? Wieviel sind wir bereit, in die Zukunft zu investieren? Alle europäischen Ländern setzen auf Armeen als wichtigstes Instrument der Verteidigungsfähigkeit. Und alle Armeen setzen auf eine starke Luftwaffe. In dieses System darf die Schweiz keine Lücke reissen.

7.

Ist der F/A-18 nicht zu teuer?

Der F/A-18 ist das zweitbilligste Flugzeug einer Evaluationspalette, auf der die ganz kostspieligen Maschinen gar nicht figurieren. Man muss einen Preis stets mit der Leistung verknüpfen. Im Falle des F/A-18 muss man den gegenwärtigen technologischen Stand und sein Entwicklungspotential für die nächsten 20 Jahre mit dem seiner Konkurrenten vergleichen. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist dieses Flugzeug für die Schweiz optimal. Das Billigste wird im Endeffekt immer das Teuerste. Und: eine Investition in die Sicherheit ist immer auch eine Investition für künftige Generationen.

8.

Ist der F/A-18 nicht ein Luxusspielzeug für ein paar Piloten?

Am meisten von einer verlässlichen Luftwaffe profitieren jene, die bestimmt nie an Bord eines solchen Flugzeuges sitzen werden.Die tatsächlichen Nutzniesser eines wirksamen Luftraumschutzes sind die Zivilbevölkerung und die Bodentruppen - Füsiliere und "Pänzeler", Artilleristen, "Fläbler" usw.

Im Bedrohungsfall es es für die Verteidigung äusserst wichtig, noch vor der Mobilisierung der Armee rasch reagieren zu können. Der Armeeangehörige muss die Gewissheit haben, nicht schutzlos einem gegnerischen Angriff aus der Luft ausgesetzt zu sein. Zu welchem Preis darf man menschliches Leben auf"s Spiel setzen?

9.

Wozu braucht es Mittel der Abschreckung?

Allein die Möglichkeit einer militärischen Bedrohung rechtfertigt eine leistungsfähige Verteidigungsarmee. Oder: muss zuerst Feuer ausbrechen, ehe man eine Feuerwehr anschafft? Oder tritt man einer Krankenkasse erst dann bei, wenn man krank ist? - Auf Verteidigungsfähigkeit ausgerichtete Armeen sind Stützmauern der Chancen. Sie stabilisieren positive Entwicklungen in einer Zeit voller Instabilität und sozialer Gefälle.

10.

Warum nicht Lenkwaffen statt Flugzeuge?

Die Erfahrung lehrt, dass Luftverteidigung stets eine Mischung von Flugzeugen und Fliegerabwehr sein sollte. Selbst modernste Flab (z.B."Patriot"-Lenkwaffen) kann weder ein ganzes Land abdecken noch schnell und flexibel Schwerpunkte bilden, sie kann lediglich schiessen, aber nicht warnen - sie verfügt also über eine begrenzte Leistungsfähigkeit. Die Schwächen der Schweizer Armee liegen denn auch nicht bei der Flab, sondern in der Luftverteidigung. Die Beschaffung von Lenkwaffen kommt im übrigen wesentlich teurer zu stehen als neue Kampfflugzeuge.

Auto's die so alt wie unsere Mirage's sind, bezeichnet man als Oldtimer!

Keine Frau wäscht heute noch mit einer 35-jährigen Waschmaschine!

Wir schaffen die Feuerwehr auch nicht erst dann an, wenn das Haus bereits brennt! DieSchweizerische Rettungsflugwacht (REGA) modernisiert zurzeit ihre ganze Helikopterflotte - ohne Abschaffungsinitiative!

Eine Schweiz ohne Luftschirm ist wie ein Haus ohne Dach!